

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Westenberger, Carsten Ovens, David Erkalp,  
Ralf Niedmers, Dietrich Wersich (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Wirtschaftsstandort Hamburg – Ein Handlungskonzept für den Breitbandausbau muss her**

Schaut man hinter die glänzende Fassade von Rekordsteuereinnahmen und die steigende Anzahl an Arbeitsplätzen, wird die bittere Bilanz der Hamburger Wirtschaft erkennbar. Hamburg erreichte beim Wachstum der Wirtschaftskraft 2016 gerade einmal vor dem Saarland den vorletzten Platz der Bundesländer. Und die Produktivität ist in Hamburg in den letzten Jahren gerade einmal halb so stark gestiegen wie in Deutschland insgesamt – unter Berücksichtigung der Inflation ist sie sogar gesunken. Die Wirtschaftskraft pro Kopf ist in Hamburg höher als in anderen Bundesländern – diese „Erkenntnis“ lässt unter anderem die hohe Zahl der Pendler außer Acht, die ganz erheblich zur Wertschöpfung in Hamburg beitragen. Hinzu kommt, dass eine Großstadt nicht seriös mit Flächenländern verglichen werden kann. Selbst Städte wie etwa Ingolstadt, Wolfsburg oder Schweinfurt liegen weit vorn. Belegt werden diese Erkenntnisse durch verschiedene Studien, wie des Hamburgische Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) und der Berenberg-Bank. Hiernach belegt Hamburg im Hinblick auf den Trendindex gerade einmal Platz 14 von 30. Hinter dem Wachstum an Arbeitsplätzen verbergen sich strukturelle Verschiebungen, die eine große wirtschaftliche Bedeutung haben. Die Digitalisierung sowie geopolitische Verschiebungen haben die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig verändert: Arbeitskräfte ziehen dorthin, wo die Jobs attraktiver sind, Transportkosten sinken, Handelsmargen schwinden. Hamburg muss sich nicht mehr primär gegenüber der regionalen Konkurrenz, sondern im globalen Wettbewerb behaupten. Der Wohlstand der Hansestadt ist geprägt durch eine lange Tradition im Handel. Handel und Logistik werden jedoch zunehmend von digitalen Plattformen dominiert, was umfassende infrastrukturelle Anpassungen an die neuen Bedingungen erfordert. Eine Reihe von Abwanderungen, Fusionen oder Konkursen von Traditionsunternehmen – insbesondere in dem so wichtigen produzierenden Gewerbe – haben bereits gezeigt, dass Hamburg den Anschluss zu verpassen droht und notwendige Rahmenbedingungen derzeit nicht gewährleisten kann. Deutlich erkennbar ist dies zum Beispiel im Hafen: der traditionelle Schiffbau ist fast verschwunden, die Schifffahrt schrumpft, der Hafen wird von den Konkurrenten Rotterdam und Antwerpen immer weiter abgehängt – ein Verlust von insgesamt über 1.000 Arbeitsplätzen. Auch im Großhandel und im Maschinenbau zeigen sich deutliche Einbußen bei der Zahl der Arbeitsplätze. Der hochgelobte Anstieg der Zahl der Arbeitskräfte ist vorwiegend in Branchen wie Gesundheit, Pflege, Erziehung oder Verwaltung zu beobachten – nicht aber in der Produktion. Auch ist der Anteil der Gründungen in innovativen Branchen, zum Beispiel in digitalen Technologien, in keinem Bundesland so gering wie in Hamburg (vergleiche Innovationsatlas des Instituts der deutschen Wirtschaft).

Aufgabe einer am wirtschaftlichen Wohlergehen orientierten Regierung sollte es sein, die Marktentwicklungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und die erforderlichen Anpassungen an neue Rahmenbedingungen rechtzeitig umzusetzen. Hierzu zählen vor allem eine funktionsfähige (digitale) Infrastruktur und insbesondere der Ausbau von Breitbandanschlüssen. Neben der Bereitstellung von ausreichend Gewerbeflä-

chen und deren effizienter Erreichbarkeit, brauchen wir eine Gewährleistung von zeitgemäßen technischen Möglichkeiten, um Unternehmen ein Überleben im globalen Wettbewerb zu ermöglichen und so auch bessere Bedingungen für Neugründungen sowie für Innovationen zu schaffen. Der Mittelstand, das produzierende Gewerbe und das Unternehmertum im Allgemeinen müssen durch die Politik unterstützt und gestärkt werden. Hierzu braucht Hamburg ein an die heutige Zeit angepasstes Konzept für die digitale Infrastruktur, welches einen Katalog der erforderlichen Maßnahmen enthält und deren Umsetzung zeitnah ermöglicht.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. den Ausbau der digitalen Infrastruktur im gesamten Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg (insbesondere in Gewerbegebieten und unterversorgten Gebieten) aktiv voranzutreiben und zu gewährleisten, dass bisher nicht berücksichtigte Unternehmen umgehend mit Breitbandanschlüssen versorgt werden;
2. sicherzustellen, dass die dafür von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Fördermittel endlich vollumfänglich abgerufen und eingesetzt werden;
3. regelmäßige Gespräche mit privaten Netzbetreibern sowie mit den zuständigen Behörden zu führen mit dem Zweck, über Pläne zum Breitbandausbau insbesondere in den bislang unterversorgten Stadtteilen mit hohem Gewerbeanteil wie Waltershof, Steinwerder, Kleiner Grasbrook, Veddel, Rothenburgsort, Billbrook sowie in den industriell geprägten Gebieten Bergedorfs besser informiert zu sein;
4. rechtliche Möglichkeiten zu prüfen, um in Einklang mit der Mitteilung 2013/25/01 der Kommission verbindliche Zusagen privater Netzbetreiber zum Ausbau der Breitbandversorgung zu erwirken;
5. ein umfassendes Konzept für die Breitbandversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg zu entwickeln, das die Probleme aller Branchen aufgreift und konkrete Lösungsvorschläge mit entsprechendem Zeitplan enthält;
6. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2018 über den Stand der Umsetzung aller aufgeführten Punkte zu berichten.